

## Rat beschließt ICAN-Städteappell

---

Kontrovers ging es dagegen bei einem Antrag der Linkenfraktion zu. Während die CDU gegen die Unterzeichnung des ICAN-Städteappells stimmte, freute sich Tobias Härtling mit geballten Fäusten über die 21 Ja Stimmen aus den anderen Fraktionen. Bereits zweimal war der Irlicher mit seinem Ansinnen zuvor gescheitert. Mit Mehrheit verabschiedete der Stadtrat folgenden Wortlaut: „Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner/innen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf“. Vor der Abstimmung argumentierte Tobias Härtling, mit der Nähe Neuwieds zur Militärbasis Büchel. Dadurch sei die Gefahr, in Mitleidenschaft eines atomaren Angriff zu geraten, relativ hoch. Der Ratsherr zählte eine ganze Reihe von Städten im In- und Ausland auf, die den Appell bereits unterschrieben haben. Angeschlossen hätten sich ebenfalls fünfhundert Abgeordnete. Dietrich G. Rühle (FDP) mochte das nicht überzeugen, und er argumentierte mit der Einseitigkeit des Appells. Tobias Härtling widersprach mit der Internationalität der Initiative, die 2017 den Friedens Nobelpreis verliehen bekam. „Die SPD steht für eine atomwaffenfreie Welt“, sagte hingegen Sven Lefkowitz. Die Grünenfraktion verwies auf Wissenschaftler und Experten, die die atomare Bedrohung als so groß wie nie zuvor beurteilen. Jutta Etscheidt erklärte die Zustimmung der Fraktion „Ich tu´s“ und ist überzeugt davon, dass das Volk den Druck auf die Mächtigen erhöhen muss. René Bringezu (AfD) hingegen fand, dass das Thema im Stadtrat nichts zu suchen hat. „Wir enthalten uns, weil dies auf Bundesebene diskutiert werden sollte“.